

Zeitschrift für Sorabistik und vergleichende Minderheitenforschung
Časopis za sorabistiku a přirunowace mjeńšinowe slědženje
Casopis za sorabistiku a pšrownujuce mjeńšynowe slěženje
Journal for Sorbian and Comparative Minority Studies

Jean-Rémi Carbonneau

**Tagungsbericht: Forum der europäischen Minderheiten-
regionen „Minderheitensprachen und Arbeitsmarkt. Chance
oder Herausforderung?“ Tagung der Föderalistischen Union
Europäischer Nationalitäten (FUEN) .**
Opole/Oppeln und Katowice /Kattowitz, 30.11.–03.12.2023.



Serbski Sorbisches
institut Institut

DOI

[https://doi.org/10.59195/
lp.2024.71-38](https://doi.org/10.59195/lp.2024.71-38)

Tagungsbericht: Forum der europäischen Minderheitenregionen „Minderheitensprachen und Arbeitsmarkt. Chance oder Herausforderung?“ Tagung der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN). Opole/Opeln und Katowice /Kattowitz, 30.11.–03.12.2023.

Vom 30. November bis zum 3. Dezember 2023 fand in Oppeln (Opole) und Kattowitz (Katowice) das alljährliche Treffen des „Forums der europäischen Minderheitenregionen“ statt, organisiert von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN). Während auf dem letzten Forum 2022 in Irland (Galway/Gaillimh) der Fokus auf Minderheiten in der Tourismusbranche lag, richtete sich das Augenmerk diesmal auf das Thema „Minderheitensprachen und Arbeitsmarkt. Chance oder Herausforderung?“.

Mit erstmals über 100 Teilnehmenden zeigte sich der Veranstalter FUEN sehr zufrieden. Bernard Gaida, FUEN-Vizepräsident und als Vertreter der deutschen Minderheit in Schlesien zugleich Gastgeber, wies in seinem Grußwort, das er teils auf Polnisch, Deutsch und Englisch hielt, darauf hin, dass es in Europa „immer noch erhebliche Lücken“ und Diskriminierungen mit Blick auf die Stellung von Minderheitensprachen in der lokalen Wirtschaft gäbe. Seiner Meinung nach sei der Europarat ein zuverlässigerer Partner im Bereich des Minderheitenschutzes als die von den Interessen der Mitgliedstaaten dominierte Europäische Union, in der 50 Millionen Menschen, die eine Minderheitensprache sprechen, keine Stimme hätten. Als jüngstes Beispiel nannte er die Weigerung der Europäischen Kommission (bestätigt vom Europäischen Gerichtshof), die Maßnahmen der FUEN-Initiative für das sogenannte *Minority Safepack* umzusetzen, um den Schutz von Minderheitensprachen auf EU-Ebene zu stärken, obwohl mehr als eine Million Europäer diese Initiative unterzeichnet hatten.¹

Insgesamt referierten auf dem Forum mehr als zwanzig Vortragende im Plenarsaal der Parlamente der Wojewodschaften Oppeln und Schlesien. Sie befassten sich sowohl mit Vorteilen des Gebrauchs von Minderheitensprachen im privaten und öffentlichen Sektor als auch mit aktuellen Herausforderungen der Minderheitenorganisationen im wirtschaftlichen Bereich und im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Betrachtet wurden rund 15 Minderheitenregionen in ganz Europa.

Einen Höhepunkt bildete der erste Plenarvortrag des Wirtschaftswissenschaftlers Bengt-Arne Wickström (Andrássy-Universität, Budapest), der zugleich Mitglied der Forschungsgruppe „Wirtschaft, Politikanalyse und Sprache“ der Ulster University (Nordirland) ist. Er betonte, wie wichtig es sei, den Mehraufwand für den Erwerb solcher Fremd- und Minderheitensprachen zu vergüten, die von immer weniger Menschen beherrscht werden. Er begründete das damit, dass einerseits Englischkenntnisse im Überfluss vorhanden seien, da diese Sprache überall unterrichtet werde, andererseits würden Englischkenntnisse zudem zur Abwanderung von Fachkräften (brain drain) in angelsächsische Länder beitragen. Seiner Ansicht nach wäre es bedeutend wichtiger, die Sichtbarkeit und das Prestige der Minderheitensprachen bei Einwanderern zu stärken, um die wirtschaftliche Rentabilität in Minderheitenregionen zu steigern. Dafür sei eine auf die Minderheiten zugeschnittene Sprachenpolitik notwendig, die deren räumliche Konzentration berücksichtige, sowie eine politikunabhängige Sprachplanung, beispielsweise durch eine unabhängige Agentur.

Der zweite Plenarvortrag von Antonio di Paolo (Universität de Barcelona) beschäftigte sich mit dem Beziehungsgeflecht von Sprache, Sprachenpolitik und Markt. Di Paolo

¹ Siehe <http://minority-safepack.eu/> [12.06.2024].

wies u. a. darauf hin, dass das Durchschnittsgehalt im privaten Sektor in Katalonien bei Arbeitnehmern, die außer Kastilisch auch Katalanisch beherrschen, höher ausfalle als bei vergleichbaren einsprachigen Arbeitnehmern und dass „jedes zusätzliche Jahr zweisprachiger Bildung zu einem Gehaltsanstieg von 7,9 % im Vergleich zu 6,5 % bei einsprachiger Bildung führt“. Die 1983 mit dem „Gesetz zur sprachlichen Normalisierung“ (*Llei de Normalització lingüística* [LNL]) eingeführte Sprachimmersion biete dem Bürger „gleiche wirtschaftliche Chancen“. Di Paolo verwies ebenso auf das nachfolgende, 1998 verabschiedete „Gesetz zur Sprachenpolitik“ (*Llei de política lingüística*), das ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Verwendung des Katalanischen in öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen habe (Kennzeichnung, Werbung, Subventionen usw.).

Der Politologe Vicent Climent (Universität Pompeu Fabra, Barcelona) thematisierte die aus seiner Sicht unzureichende Unterstützung von Minderheitensprachen auf EU-Ebene. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass Übersetzungssoftware der EU (einschließlich künstlicher Intelligenz) ausschließlich offiziellen (Mehrheits-)Sprachen vorbehalten sei und den Minderheitensprachen kaum zugutekäme, was für Climent einen klaren Beleg für „sprachliche Ungerechtigkeit“ darstellt. So seien Sprecher von Minderheitensprachen doch auch Steuerzahler, die jedoch für ihr Engagement keine staatlichen Dienstleistungen in ihren Sprachen erhielten.

Des Weiteren wurden verschiedentlich innovative Praktiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Minderheitensprachen in öffentlichen und privaten Unternehmen vorgestellt. Dazu gehören beispielsweise das Schulungsprogramm der öffentlichen Rundfunkanstalt Omrop Fryslân in Westfriesland (Niederlande), durch das Journalisten auf die Arbeit in friesischer Sprache vorbereitet werden (Onno Falkena, Journalist bei Omrop Fryslân), oder die Aktivitäten der Regierungsagentur Údarás na Gaeltachta in Irland, die für Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen (Fischerei, Lebensmittel, Tourismus, erneuerbare Energien, Medien usw.) eine Reihe von finanziellen Anreizen bereitstellt, um sich in den gälischsprachigen Gebieten, den Gaeltachta, niederzulassen und die irische Sprache in ihre Geschäftstätigkeit zu integrieren (Últan Ó Fátharta, Entwicklungsleiter bei Údarás na Gaeltachta).

Der finnische Sprachmotivator Jan Siitonen berichtete von persönlichen Erfahrungen bei der Aneignung der schwedischen Minderheitensprache und informierte über die Tätigkeit der Organisation „Sprachbotschafter“ (*Språambassadörerna*), die aktuell eine Gruppe von 120 Sprachmotivatoren betreut. Bislang haben diese in Finnland 1900 Klassen besucht, um ihre Erfahrungen an Jugendliche weiterzugeben und ihnen von den Vorteilen schwedisch-finnischer Zweisprachigkeit im Berufsleben zu erzählen. Von sorbischer Seite berichtete Bogna Koreng (MDR, Bautzen) über die Bemühungen, den Status des Obersorbischen im öffentlichen Raum und in der lokalen Wirtschaft zu stärken. Dazu zählen insbesondere die Kampagne „Sorbisch? Na klar!“ des Freistaates Sachsen für mehr Akzeptanz des Obersorbischen und private Initiativen wie die des japanischen Unternehmens TD Deutsche Klimakompressor GmbH, das am Firmensitz in Bernsdorf/Njedźichow aktiv die Verwendung des Obersorbischen unterstützt. Im Gegensatz zu vielen anderen in der FUEN vertretenen Gruppen könnten sich die Sorben jedoch nicht auf ein Mutterland stützen und stünden daher vor zusätzlichen Herausforderungen beim Erhalt ihrer Sprache.

Dieser Umstand war insofern von Bedeutung, als die große Mehrheit der Mitgliedsorganisationen der FUEN, die ihren Schwerpunkt in Mittel- und Osteuropa haben, sogenannte „nationale Minderheiten“ (*national minorities*) vertreten. Sie bilden Diasporage-meinschaften jenseits der Grenzen eines unabhängigen Staates in der Region, in dem die

betreffende Ethnie eine nationale Mehrheit darstellt, was der Soziologe Rogers BRUBAKER (1995) als „externe nationale Heimat“ (*external national homeland*) bezeichnet. Dies steht in Kontrast zur Zusammensetzung des Netzwerks für die Förderung der Sprachenvielfalt NPLD (nach dem englischen Akronym), das hauptsächlich aus „Minderheitsnationen“ (*minority nations*) besteht (KEATING 2000; REQUEJO 2005; GAGNON 2014). Zwar können diese in einigen Fällen von einem föderalen Arrangement profitieren (siehe Quebecker, Katalanen und Basken, Waliser oder Schotten usw.), doch verfügen sie über kein „Mutterland“, mit dem sie über das Schicksal ihrer Mitbürger verhandeln könnten, wie beispielsweise die Dänen in Deutschland oder die Deutschen in Dänemark, die in der FUEN vertreten sind.

Das Thema des Forums war daher vor allem für grenzüberschreitende Kontexte von Bedeutung, in denen eine Sprache aus historischen Gründen auf beiden Seiten einer Staatsgrenze gesprochen wird. Wie sich zeigte, bestanden grundsätzlich verschiedene Interessenlagen zwischen denjenigen Teilnehmern der Konferenz, die Mitglieder von Minderheitsnationen sind, und denjenigen, die nationalen Minderheiten angehören und insofern mit ganz anderen Realitäten konfrontiert werden.

So wurde viel über Vorteile mehrsprachiger Arbeitnehmer, die die Sprache des Nachbarstaates als Muttersprache sprechen, für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen, einschließlich des Tourismus referiert. Joanna Kurowska-Pysz (Akademia WSB, Dąbrowa Górnicza) informierte über die gegenwärtige Situation im polnischen Grenzgebiet zur Ukraine, wo sich viele Ukrainer nach Beginn der russischen Aggression niedergelassen hätten, in der Hoffnung, mittelfristig in ihre Heimat zurückkehren zu können. Sie unterschieden sich erheblich von ukrainischen Wirtschaftsmigranten, da sie nur geringe Polnischkenntnisse besäßen, was ihre Integration in den polnischen Arbeitsmarkt angesichts der Aussicht auf eine Verlängerung des militärischen Konflikts erschwere. Jean Faivre von der elsässischen Partei „Unser Land“ zeigte auf, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass trotz ihrer historischen Tiefe auf beiden Seiten des Rheins immer mehr auf Englisch stattfinden, zum Nachteil der offensichtlichen sprachlichen Nähe zwischen dem Deutschen und dem Elsässischen.

Darüber hinaus wurde auf der Tagung kritisch thematisiert, dass Staaten die sprachlichen Rechte ihrer nationalen Minderheiten ebenso wie den sprachlichen Mehrwert ignorierten, den diese Minderheitensprachen für den wirtschaftlichen Austausch mit den Nachbarstaaten schaffen. Dies betreffe unter anderem die „Ideologie der monoethnischen Nation“ Polens, die Minderheitensprachen aus dem öffentlichen Raum verdränge, insbesondere Deutsch in Schlesien (Bernard Gaida), oder die Weigerung Griechenlands, die Existenz von Minderheiten und deren Recht auf Unterricht in ihrer Sprache anzuerkennen (Eugenia Natsolidou, Mazedonische Bildungs- und Kulturbewegung in Griechenland). In solchen Fällen hielte der Mehrheitsnationalismus beispielsweise Firmenbesitzer aus Angst vor sozialen Repressalien davon ab, in den Minderheitensprachen zu werben.

Auf der anderen Seite förderte Kritik an der Minderheitenpolitik der heutigen osteuropäischen Staaten in einigen Fällen das Abgleiten in eine Nostalgie alter Grenzbeziehungen, ohne die historischen Ursachen für die Grenzveränderungen zu diskutieren, die nach den beiden Weltkriegen durch expansive nationalistische Staaten aufgezwungen wurden. Dies betraf u. a. den Vortrag des Vertreters der konservativen Ungarischen Allianz (Slowakei) Dávid Nagy, dessen irredentistisch angehauchter Vortrag sich ausführlich mit den Folgen des Vertrags von Trianon befasste, während er gleichzeitig die aggressive Magyarisierung verschwie, die zur Vorgeschichte der territorialen Verluste Ungarns gehörte.

Das nächste Forum der europäischen Minderheitenregionen wird vom 25. bis zum 28. November 2024 in Donostia / San Sebastián im spanischen Baskenland stattfinden. Es

soll das Thema der letzten Veranstaltung vertiefen und sich auf die wirtschaftlichen Vorteile der Sprachindustrie konzentrieren, insbesondere auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz.²

Literatur

- BRUBAKER, Rogers 1995: National Minorities, Nationalizing States, and External National Homelands, in: *Daedalus* 124/2, S. 107–132.
- GAGNON, Alain-G. 2014: *Das Zeitalter der Ungewissheiten. Essays über Föderalismus und nationale Diversität*. Baden-Baden (= Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen; 42).
- KEATING, Michael 2000: The Minority Nations of Spain and European Integration: A New Framework for Autonomy?, in: *Journal of Spanish Cultural Studies* 1/1, S. 29–42.
- REQUEJO, Ferran 2005: *Multinational Federalism and Value Pluralism. The Spanish Case*. London-New York (= *Regional and Federal Studies*; 14).

Jean-Rémi Carbonneau

² Siehe die Pressemitteilung vom 11.04.2024: <https://fuen.org/de/article/Das-Forum-der-Regionen-geht-nach-Donostia-San-Sebastian> [12.06.2024].